

IZT

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung

Institute for Futures Studies and Technology Assessment

**Zukunftsszenarien für die
Europaregion Görlitz/Zgorzelec**

Prof. Dr. Rolf Kreibich

Werkstattbericht Nr. 60

**im Rahmen des Projektes „Stadt 2030“
Gemeinsames Leitbild für die Europastadt Görlitz/Zgorzelec**

Berlin, September 2003

ISBN 3-929173-60-3

© 2003 **IZT**

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

(Werkstattberichte / IZT, Institut für Zukunftsstudien und
Technologiebewertung ; Nr. 60)

ISBN 3-929173-60-3

© 2003 **IZT** by Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung – Berlin

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Vorwort

Die Städte Görlitz und Zgorzelec sind seit 1945 durch eine Stadtgrenze voneinander getrennt. Vordem war Görlitz über Jahrhunderte eine einheitliche Stadt. Die in der Geschichte einmalig großen und radikalen Umsiedlungsaktionen in den Jahren 1945 bis 1948 hatten nicht nur eine politische Grenze zur Folge, sondern auch klare ethnische, sprachliche und kulturelle Barrieren errichtet. Die mehr oder weniger hermetische Trennung der beiden Städte und ihrer darin lebenden Menschen über fast 50 Jahre hat zweifellos dazu geführt, dass die historischen und kulturellen Unterschiede auf beiden Seiten der Neiße tiefgreifend sind und voraussichtlich noch lange den angestrebten Integrations- und Identifikationsprozess zu einer gemeinsamen Europaregion bestimmen werden.

Mit Ausnahme der siebziger Jahre war die deutsch-polnische Grenze kaum durchlässig und es bestanden nur wenige Kontakte zwischen den beiden Teilstädten und ihren Bewohnern. Erst mit der Wende kam es nach 1989 zur Öffnung dieser Barriere und schrittweisen Annäherung. Im Jahr 1992 wurde ein Kooperationsvertrag unterzeichnet und 1998 proklamierten beide Städte die Europastadt Görlitz/ Zgorzelec. In der Zwischenzeit sind viele Kontakte aufgebaut worden und das Zusammenwachsen der beiden Städte nimmt erste Formen an. Gleichwohl wird erst mit der Integration Polens in die Europäische Union und dem Fallen der EU-Außengrenzen an Oder und Neiße im Jahr 2004 ein wirklicher Integrationsprozess möglich sein.

Das Projekt „Stadt 2030“ versucht, das Zusammenführen der geteilten Grenzstädte zur Europastadt zu fördern. Es findet im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgelobten Ideenwettbewerbs „Stadt 2030“ statt. Für die Europastadt Görlitz/ Zgorzelec bietet sich die besondere Gelegenheit, eine Vorreiterrolle im Zuge der europäischen Integration zu spielen. Deshalb sollen schon heute mögliche und wünschbare langfristige Zukünfte entwickelt und diskutiert werden, die die Gestaltungsspielräume aufzeigen und gemeinsames Handeln vorbereiten.

Unter der fachlichen Federführung des Instituts für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR), Dresden, und in enger Kooperation mit den politischen und administrativen Vertretern der beiden Städte wird das Projekt „Stadt 2030“ seit 2001 durchgeführt.

Im Rahmen der Erstellung eines gemeinsamen Leitbildes für die Europastadt Görlitz/ Zgorzelec wurden auf Anregung des IÖR die vorliegenden Zukunftsszenarien erarbeitet. Die drei Szenarien mit den Leitbildern „Wahrscheinliche Entwicklung durch kommunale Zusammenarbeit“, „Europaregion der Information und des Wissens“ und „Europaregion der Nachhaltigen Entwicklung“ sind der Versuch, mit unterschiedlicher Perspektivenwahl aufzuzeigen, welche wahrscheinlichen möglichen und wünschbaren Zukunftsentwicklungen denkbar und realisierbar sind.

Ich danke für die freundschaftliche Zusammenarbeit und fachliche Kooperation mit dem Institut für ökologische Raumentwicklung e. V., insbesondere mit Professor Hans Petzold und Ingo Neumann. Hervorheben möchte ich besonders die allseits offene Atmosphäre und die vielen fruchtbaren Dialoge mit zahlreichen Vertretern der beiden Städte. Vor diesem Hintergrund und dem festen Willen auf beiden Seiten, die Europastadt Görlitz/ Zgorzelec in eine gute Zukunft zu führen, bin ich sehr optimistisch, dass das trotz der immensen Probleme langfristig gelingen wird.

Rolf Kreibich

Berlin, im Juli 2003

Inhalt

1	Prolog	6
2	Basistrends globaler Entwicklungen	7
3	Zur spezifischen Ausgangslage der Europaregion Görlitz / Zgorzelec	13
4	Zukunftsszenarien für die Europaregion Görlitz/Zgorzelec	17
	A. Die kooperative Europaregion	19
	B. Die Europaregion der Information und des Wissens	24
	C. Die Europaregion für nachhaltige Entwicklung	27

1 Prolog

Die Welt von heute ist Globalisierung, Deregulierung, Individualisierung und Digitalisierung. Nicht nur geballt in Worten, auch in der Realität prägen diese Phänomene Zeitgeist und Zeitgeist-Handeln. Der technisch-ökonomische Basistrend heißt digitaler Kapitalismus global und total. Die Leitperspektiven Wirtschaftswachstum, globaler Innovations- und Produktivitätswettbewerb, offene Finanzmärkte und Shareholder-Value kennzeichnen die weltweit dominierende Wirtschaftsweise. Ökonomische Parameter bestimmen heute alle Lebensbereiche, von der Bildung bis zur Forschung, vom Gesundheitssystem bis zur Kultur und zum Freizeitverhalten. Immer unvermittelter bläst der rauhe Wind der neoliberalen Ökonomie bis in die privaten Wohnzimmer und ins Gesicht aller jener, die sich mit der sozialen, ökologischen und kulturellen Nachhaltigkeit der Zukunftsentwicklung befassen.

Wieder einmal glauben die meisten, dass die Welt von morgen nur das vollziehen kann, was sich heute in zweifellos mächtigen technologischen, ökonomischen, sozialen und immer mehr auch psychologischen und kulturellen Trends vollzieht. Es hat sogar den Anschein, dass sich viele kaum noch andere Optionen und Alternativwelten vorstellen können. Das hieße aber, dass wir uns mehr oder weniger mit den Schattenseiten der heute im Mainstream liegenden technisch-ökonomischen Entwicklung einfach abfinden, die von nur relativ wenigen Akteuren (Regierungen, Multinationalen Konzernen, multinationalen Institutionen wie WTO) vorangetrieben wird. Das ist aber angesichts der zunehmenden Belastungsrisiken für die Biosphäre und das soziale Zusammenleben der Menschen und Völker keine vernünftige Option. Im Gegenteil, viele Parameter weisen aus, dass wir an die Belastungsgrenzen globaler Ökosysteme und sozialer Disparitäten herangerückt sind. Es wäre angesichts unseres Wissens über die Folgen anthropologischer Eingriffe in die Biosphäre nicht nur töricht, sondern selbstmörderisch, den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen.

Es kann keine Entwarnung geben, wenn weltweit die gigantischen Stoff-, Energie- und Schadstoffströme weiter steigen, lokale und globale Ökosysteme jederzeit kollabieren können und die natürlichen Lebensgrundlagen weiterhin systematisch zerstört werden. Es müssen andere politische und ökonomische Weichen gestellt werden, wenn die Kluft zwischen der reichen Ersten Welt und der armen Dritten Welt weiter auseinandergeht und die Migrationsströme immer weiter ansteigen.

2 Basistrends globaler Entwicklungen

Was wissen wir heute über die voraussichtlichen Leitplanken der Entwicklung im 21. Jahrhundert? Können wir überhaupt Relevantes hierzu aussagen? Die Zukunftsforschung sagt ja, auch wenn sie sich der prinzipiellen Unsicherheit von Zukunftswissen bewusst ist. Wir verfügen heute durchaus über wissenschaftliches Wissen, dessen Negierung bei der Zukunftsgestaltung mit großer Wahrscheinlichkeit zu fatalen Folgen führen würde, die Selbstzerstörung der Menschheit eingeschlossen. In diesem Sinne lohnt sich ein Blick auf die Basistrends, die unser gesellschaftliches Leben und die Entwicklung der Biosphäre in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich bestimmen werden.

Wir sprechen von Basistrends der gesellschaftlichen Entwicklung, wenn mindestens drei Kriterien erfüllt sind:

- Der Trend muss *fundamental* in dem Sinne sein, dass er starke bis grundlegende Veränderungen im Bereich der menschlichen Sozialentwicklung und/oder des natürlichen Umfelds bewirkt.
- Der Trend muss mindestens *mittelfristig* (ca. 5 bis 20 Jahre) oder *langfristig* (über 20 Jahre) starke Wirkungen und Folgen auslösen.
- Mit dem Trend müssen starke *globale* Wirkungen und Folgen verbunden sein.

Basistrends beeinflussen in komplexer Weise mögliche, wahrscheinliche und wünschbare Zukünfte. Mit dem Unschärfe-Schärfe-Ansatz haben wir am IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Berlin zahlreiche Zukunftstrends auf ihre Relevanz für die zukünftige Entwicklung untersucht und bewertet. Aus einer Gesamtzahl von 50 grundlegenden Zukunftstrends, selektiert aus relevanten nationalen und internationalen Zukunftsstudien, wurden in drei Zukunftswerkstätten die 16 wichtigsten Basistrends ermittelt. Die Zukunftswerkstätten waren jeweils mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und Vertretern der Bürgerschaft aus gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen besetzt. Die nachfolgende Übersicht zeigt das Ergebnis in der Reihenfolge ihrer Bewertung gemäß den genannten Kriterien für Basistrends:

Abb. 1: Zukunftsentwicklungen - Globale und langfristige Wirkungen/Folgen

BASISTRENDS		Σ
1	Wissenschaftliche und technologische Innovationen („Technischer Fortschritt“)	9
2	Umweltbelastungen/Raubbau Naturressourcen	9
3	Bevölkerungsentwicklung	8
4	Disparitäten zwischen „Erster“ und „Dritter Welt“ (Schere zwischen den 20% Reichsten und Ärmsten geht weit auseinander)	8
5	Ökonomischer Wettbewerb, Produktivitätssteigerung	8
6	Tertiarisierung und Quartarisierung der Wirtschaft	8
7	Migrationsströme (ökonomisch, ökologisch, sozial)	8
8	Erhöhung Personen- und Güterströme weltweit	8
9	Globalisierung von Wirtschaft, Mobilität und Beschäftigung	7
10	Wachstum Weltproduktion und Welthandel	7
11	Verschlechterung der Gesundheit	7
12	Individualisierung der Lebens- und Arbeitswelt	6
13	Anwachsen der globalen Finanzströme	
14	Verringerung der Lebensqualität	5
15	Arbeitslosigkeit (Erwerbsarbeit)	5
16	Alterung der Industriegesellschaften (im Jahre 2030 sind 1/3 der Bevölkerung über 60 Jahre)	5

IZT



Berlin

Bewertung

- a) Trend (Stärke) stark (3) mittel (2) schwach (1)
- b) Wirkungen/Folgen (global) stark (3) mittel (2) schwach (1)
- c) Wirkungen/Folgen (zeitlich) lang (3) mittel (2) kurzfristig (1)

Auch wenn es sich nicht um ein strikt repräsentatives Selektions- und Bewertungsverfahren handelt, sind die Ergebnisse im Hinblick auf Zukunftswirkungen und Zukunfts-

folgen und somit hinsichtlich ihrer Bedeutung für sozialen, ökonomischen und ökologischen Wandel höchst aufschlussreich.

Die größten Herausforderungen der Zukunft liegen im Bereich der ersten zwei Basistrends: Die „Moderne“ und ihre Zukunft spiegelt sich in erster Linie in diesen beiden Megatrends „*Wissenschaftliche und technologische Innovationen*“ und „*Umweltbelastungen/Raubbau an Naturressourcen*“ wider.

In keiner anderen Hochkultur haben sich auch nur annäherungsweise solche Veränderungen vollzogen wie in der durch Wissenschaft und Technik geprägten Industriezivilisation. Wir haben in den Industrieländern einen grandiosen Wohlstand erreicht und allein in den letzten 100 Jahren die Produktivität im Produktionsbereich um über 3500% erhöht und im Bürobereich allein in den letzten 40 Jahren um über 2500%. Wir haben das Realeinkommen in diesen 100 Jahren ebenfalls um 3000% gesteigert und die Lebenszeit der Menschen fast verdoppelt, im Durchschnitt um 37,5 Jahre verlängert. Die Geschwindigkeit und die Distanz zur Raumüberwindung wurden durch neue technische Verkehrsmittel in den letzten 100 Jahren um den Faktor 100 erhöht. Wir sollten zunächst einmal festhalten, dass diese Zahlen die Erfüllung langgehegter Zukunftsvisionen widerspiegeln. Hier liegt der Schlüssel dafür, dass wir nach wie vor primär in den Perspektiven Technikentwicklung, Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerung und materieller Wohlstandsmehrung die zentralen Leitziele für Zukunft und Fortschritt sehen.

Auf der anderen Seite wächst jeden Tag die Weltbevölkerung um 250.000 Menschen, wird die Atmosphäre mit 60 Millionen Tonnen Kohlendioxyd aus Kraftwerken, Heizungen und Kraftfahrzeugen belastet, wird die Fläche von 63.000 Fußballfeldern Regenwald vernichtet. Wir zerstören durch anthropogene Eingriffe täglich 20.000 ha Ackerland und vernichten 100 bis 200 Tierarten. Die auf der Schattenseite des technisch-industriellen Fortschritts messbaren Belastungspotentiale lassen keinen anderen Schluss zu, als dass wir bei einem Fortschreiten auf dem Pfad der gigantischen Energie-, Rohstoff- und vor allem der Schadstoffströme in weniger als 80 Jahren unsere natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen zerstört haben werden.

Auch hinsichtlich der weiteren Basistrends lassen sich einige relevante Aussagen machen: So gibt es große Übereinstimmung über die Bedeutung der **weltweiten Bevölkerungsentwicklung** und der damit verbundenen langfristigen Folgen. Wir können mit großer Sicherheit sagen, dass die Zahl der auf der Erde lebenden Menschen bis zum Jahr 2040 auf 9 bis 12 Mrd. ansteigen wird, d.h. um 50 bis 100% höher sein wird als heute. Das muss bei wenig geänderten Rahmenbedingungen zu einer weiteren **Verschärfung der Disparitäten zwischen Erster und Dritter Welt führen**. Auch in Zukunft wird das Verhältnis zwischen den 20% Reichsten und 20% Ärmsten trotz

Weltbank- und IWF-Programmen weiter auseinandergehen - *das* zentrale Problem von intragenerativer Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf globaler Ebene. Beim Gewinn aus dem Naturvermögen beträgt das Verhältnis zwischen reicher und armer Welt pro Kopf schon heute 60:1, beim Bruttonutzenprodukt zwischen den reichsten und ärmsten Ländern pro Kopf 400:1.

Es spricht sehr viel dafür, dass der **globale ökonomische Wettbewerb** mit seinen rasanten Produktivitätssteigerungen auch in Zukunft fortgesetzt wird, insbesondere durch den Technologie- und Innovationswettbewerb zwischen der Triade USA, Japan und Europa und dass die Verlierer in der Zweiten und Dritten Welt immer mehr verlieren werden. Wir sollten uns deshalb nicht wundern, wenn in nicht allzu ferner Zukunft die **Migrationsströme** anschwellen, und zwar nicht nur aus politischen, sondern vielmehr aus wissenschaftlich-technischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Gründen.

Ziemlich verlässliche Zukunftsaussagen lassen sich auch über die grundlegenden Entwicklungstendenzen der postindustriellen Gesellschaften machen: Die **Tertiärisierung und Quartarisierung der Wirtschaft**, also die Entwicklung zur Dienstleistungs- und zur Informations- bzw. zur Wissenschaftsgesellschaft, wird fortschreiten. Schon heute arbeiten in Deutschland ca. 64% im Dienstleistungssektor, in den USA sind es bereits 76%, in Schweden 75%. Dass von diesen Beschäftigten schon fast 2/3 im Bereich Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, Forschung, Know-how-Entwicklung, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung tätig sind, ist das eigentlich herausragende Merkmal des wirtschaftlichen Strukturwandels und des Wandels zu neuen Beschäftigungsstrukturen. Die Entwicklung zur Informationsgesellschaft mit ihren globalen und flexiblen Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen ist unaufhaltsam. Ob es sich dabei um die Entfaltung zur Wissensgesellschaft handeln wird, hängt allerdings noch sehr von unseren Zukunftsperspektiven und den politischen Rahmenbedingungen ab, die es zu gestalten gilt. Die weitere Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien wird jedenfalls alle Lebensbereiche erfassen und grundlegend verändern.

Es spricht viel dafür, dass die weithin vorprogrammierte und **weltweite Erhöhung der Güter- und Personenströme** schon bald zu einem zentralen Krisenfaktor der Industriegesellschaft wird. Die Folgen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT '94 und die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) sowie die Folgen der weltweiten Motorisierungswelle auf der Straße und in der Luft, insbesondere auch in den bevölkerungsreichen Ländern China, Indien, Pakistan und in Lateinamerika, werden schon bald Verkehrssysteme und die Biosphäre überfordern. Gute Aussichten für die Automobilindustrie und die Wirtschaftsentwicklung einiger Industrieländer in den

nächsten Jahren, gravierende Langfristfolgen für Mobilität, Umwelt und Lebensqualität in den Entwicklungsländern und weltweit.

Angesichts der enormen Dynamik der IuK-Technologien, der weltweiten Fusionen und Vernetzungen von Unternehmensstrukturen und Finanztransaktionen wird die **Globalisierung von Wirtschaft, Handel und Beschäftigung** fortschreiten mit all den einschneidenden Veränderungen für die nationalen und regionalen Volkswirtschaften sowie die Beschäftigungs- und Unternehmensstrukturen. Die Globalisierung wird jede Region und in ihrer Vielschichtigkeit und Dynamik im besonderen auch die Europaregion Görlitz/Zgorzelec erfassen.

Das geht aus den folgenden Parametern deutlich hervor:

- Globale Organisation von Unternehmen und Unternehmensstrategien
- Weltweite Organisation von Produkten, Dienstleistungen, Handel, Transport und Beschäftigung
- Globale Vernetzung technischer Kommunikationsstrukturen/Aufhebung zeitlicher und örtlicher Begrenzungen von Information und Kommunikation
- Globaler Kapitaltransfer
- Integration der Weltmärkte zu einem Weltbinnenmarkt
- Globale Auswirkungen technischer Innovationen und wirtschaftlicher Globalisierung auf Biosphäre und Sozialsysteme
- Übertragung nationaler Macht und Entscheidungskompetenz auf supranationale Institutionen und multinationale Konzerne.

Die **Massenarbeitslosigkeit** ist nach wie vor ein gewichtiger Faktor. Denn wer arbeitslos ist, leidet nicht nur unter Wohlstandsverlust, sondern ist in ganz starkem Maße als Persönlichkeit bedroht und belastet die Staatskasse. Dieses heute in Deutschland und Polen auf der politischen Agenda ganz oben stehende Problem ist auch global eine Geißel. Wir sollten hier aber zwei zentrale Erkenntnisse im Auge behalten: Es gibt sowohl in Deutschland und Polen als auch weltweit viel Arbeit und das bisher rigide verteidigte klassische Erwerbsarbeitsmodell ist sicher nicht die einzige Form sinnvoll zu arbeiten, um sinnerfüllt zu leben. Im Hinblick auf ein neues flexibles Wirtschafts- und Beschäftigungssystem bieten sowohl die Globalisierung als auch die neuen Informationstechnologien erhebliche Entwicklungschancen.

Das Wachstum von Weltproduktion und Welthandel ist unter „stabilen Rahmenbedingungen“ weitgehend vorgezeichnet: Während in den vergangenen 5 Jahren der Welthandel um durchschnittlich ca. 5% stieg, gehen die Prognosen von einem Wachstum von durchschnittlich 5 bis 6% in den nächsten Jahren aus. Das hat zur Konsequenz,

dass sich die gesamten Waren- und Dienstleistungsströme innerhalb von nur 12 Jahren noch einmal weltweit verdoppeln. Diese im Grundsatz optimistische Perspektive ergibt aber nur dann ein positives Szenario, wenn eine Entkopplung der Warenproduktion und Dienstleistungen von den Stoff-, Energie- und Schadstoffströmen und eine gerechtere Verteilung der Gewinne aus dem Natur- und Produktionsvermögen zwischen den Ländern der Ersten und Dritten Welt erreicht würde.

Völlig im Nebel tappen wir allerdings hinsichtlich unseres Zukunftswissens über die **globalen Finanzströme**. Zur Zeit wissen wir nur, dass die globalen Finanztransaktionen in den letzten Jahren überexponentiell angestiegen sind. Heute geht es um ein Kapital von ca. 1.800 Mrd. € das **täglich** - weitgehend virtuell - weltweit hin- und hergeschoben und vermehrt wird. Das entspricht fast der Summe des **jährlich** erwirtschafteten Bruttosozialproduktes von Deutschland. Niemand weiß mehr, wie lange das noch so gehen wird, denn hinter diesen Summen stehen ja kaum reale Werte.

Wir haben recht gute Kenntnisse über den langfristigen **Trend zu Individualismus**, d.h. zu individualistischen Lebens-, Konsum- und Freizeitformen und zur Auflösung kollektiv geprägter Arbeitsstrukturen. Die Interaktion auf offenen Märkten erhöht natürlich die Freizügigkeit des einzelnen und die Möglichkeiten, seine „Güter“-Dienste, Wissen, Lebenszeit, Kreativität, Leistungsfähigkeit - weltweit hochflexibel anzubieten und dabei den Gewinn zu maximieren und die Kosten zu minimieren. Was aber sind die gesellschaftlichen Wirkungen und persönlichen Folgen eines permanenten Lebens in globalen und beschleunigten Technostrukturen ohne persönliche Kontakte?

Wenig bekannt und weitgehend verdrängt wird die erschreckende Botschaft, dass wir uns gemäß UN- und Weltbank-Indizes in den Industrieländern trotz Wirtschaftswachstum auf einem **Pfad abnehmender Lebensqualität** befinden. Wir müssen uns fragen: Was sind das für Zukunftsperspektiven, wenn mit immer mehr Wissenschaft und Technik und mit immer mehr Produkten und Produktivität immer weniger Qualität des Lebens erzeugt wird? Was ist das für eine Zukunftslogik, wenn für die meisten mehr Schaden als Nutzen produziert wird?

Die hier genannten globalen Basistrends werden in besonderer Weise auch die zukünftige Europaregion Görlitz/Zgorzelec langfristig beeinflussen.

3 Zur spezifischen Ausgangslage der Europaregion Görlitz / Zgorzelec

Das wichtigste Ereignis mit gravierenden Folgen für die Europaregion Görlitz/Zgorzelec ist die **Osterweiterung der EU** mit dem Beitritt Polens zur EU im Jahre 2004. Herausragende Merkmale dieses Vorgangs sind: Die Region Görlitz/Zgorzelec wird Teil einer politischen Stabilitätszone, in der Demokratie, Menschenrechte und Minderheitenschutz zu den wichtigsten politischen Grundlagen gehören. In historisch-kultureller Hinsicht wird die künstliche Trennung in Osteuropa und Westeuropa formal überwunden. Ein Land wie Polen, das historisch immer zu Europa gehörte, erhält die Chance, in das Projekt der europäischen Integration politisch und kulturell eingebunden zu werden, während der bisherige EU-Raum um historisch-kulturelle, soziale und ökonomische Elemente Polens erweitert und vielfältiger wird. Die Region Görlitz/Zgorzelec wird in einen Wirtschaftsraum mit fast 500 Mio Einwohnern einbezogen, dem dann größten einheitlichen Markt der Welt. Hieraus ergibt sich eine gigantische Herausforderung: Die Neubestimmung des wirtschaftlichen Wettbewerbs der Region in diesem offenen Markt und im Rahmen der dann voll wirksamen Globalisierung. So wie die Beitrittsländer insgesamt, müssen auch die Regionen den „**Kopenhagener Kriterien**“ der EU entsprechen: Politisch-institutionelle Stabilität sichern, eine funktionsfähige Marktwirtschaft entwickeln und dem Wettbewerbsdruck standhalten sowie die aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Ziele und Verpflichtungen durch Übernahme des kompletten Rechtsbestandes der EU zu eigen machen. Besondere Probleme wird für den politischen Teil der Region die **Übernahme der Sozial- und Umweltstandards der EU** aufwerfen, während im deutschen Teil vor allem die angestrebte **Freizügigkeit für Arbeitnehmer** mit erheblichen Ängsten und Skepsis besetzt ist.

Die Region ist nach wie vor durch **gravierende Einkommensunterschiede** zwischen der polnischen und deutschen Seite gekennzeichnet und das Wohlstandsgefälle von West nach Ost wird noch eine längere Zeit den Übergang in eine gemeinsame Einheit prägen.

Auch wenn Görlitz über Jahrhunderte eine einheitliche Stadt war, so lässt sich nicht übersehen, dass durch die in der Geschichte einmalig großen und radikalen Umsiedlungsaktionen in den Jahren 1945 bis 1948 nicht nur eine politische Grenze, sondern auch klare ethnische, sprachliche und kulturelle Barrieren errichtet wurden. Die mehr oder weniger **hermetische Trennung der beiden Städte und ihrer darin lebenden Menschen über fast 50 Jahre** hat zweifellos dazu geführt, dass die historischen, ethnischen und kulturellen Unterschiede auf beiden Seiten der Neiße sehr tiefgreifend sind und noch lange den Integrations- und Identifikationsprozess zu einer gemeinsamen Europaregion bestimmen werden. Hier lässt sich aus dem schwierigen Prozess der bisheri-

gen deutschen Vereinigung ableiten, dass zu den **unterschiedlichen sozialen Biografien der Menschen** noch ethnische, sprachliche und kulturelle Unterschiede hinzukommen, die einen langen Weg der Identitätsfindung in einer gemeinsamen Europaregion erwarten lassen.

Der **politische Umbruch 1989/90** hat sowohl auf der deutschen als auch der polnischen Seite der Region gravierende Veränderungen nach sich gezogen. Auf beiden Seiten vollzogen sich in wenigen Jahren **grundlegende politische und wirtschaftliche Transformationsprozesse**, welche die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen der beiden Teilregionen völlig veränderten. Der gesellschaftliche Wandel erfolgte auf deutscher Seite durch die Integration der Neuen Bundesländer und der Görlitzer Region in die Bundesrepublik Deutschland schneller und tiefgreifender als auf polnischer Seite. Insbesondere in der Wirtschaft führte die **forcierte Privatisierungspolitik** der deutschen Treuhandanstalt zu einem weitgehenden Zusammenbruch der industriellen Strukturen in Görlitz und im Umland. Das Wegbrechen des Braunkohlebergbaus, des Maschinenbaus, der Textilindustrie und der Energiewirtschaft sowie der Beschäftigungsabbau in nahezu allen Branchen führten zu einer hohen Arbeitslosigkeit, die im Mai 2001 über 25% lag. Demgegenüber verlief die Privatisierungspolitik in Polen erheblich langsamer und die wirtschaftliche Strategie lag vielmehr auf erhaltender Restrukturierung und Modernisierung alter Produktionsanlagen. Auch in der **Landwirtschaftsentwicklung der Region** lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen. Während auf deutscher Seite auch hier die Privatisierung und die Effizienzsteigerung mit großem Tempo vorangetrieben wurden, vollzogen sich auf polnischer Seite nur verhältnismäßig langsam verlaufende Prozesse in dieser Richtung. Hier liegen auch grundsätzliche Unterschiede zwischen den Entwicklungen in Deutschland und Polen. Während in der Bundesrepublik Deutschland nur etwa 2,4% der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind, arbeiten in Polen in diesem Sektor noch 27% aller Beschäftigten.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Entwicklungen sind die **gravierenden Unterschiede in der Wanderungsbewegung** von Menschen auf der deutschen und polnischen Seite zu erklären. So ist seit der Wende eine drastische Abwanderung vor allem junger und qualifizierter Bürger aus Görlitz zu verzeichnen, während Zgorzelec eine leichte Zunahme der Bürgerschaft vorzuweisen hat. Von 1989 musste Görlitz mit 78.794 Einwohnern bis Ende 2000 mit 61.599 Einwohnern eine Schrumpfung um fast 22% hinnehmen.

Die **Stadt- und Infrastrukturentwicklung** verlief nach der Wende 1989/90 in Görlitz und Zgorzelec sehr unterschiedlich. Für beide Städte bestand angesichts der verfallenen Bausubstanz und der schlechten Ver- und Entsorgungsinfrastruktur dringender Sanierungsbedarf. Während auf der Westseite der Neiße dank umfangreicher Fördermittel der

EU sowie von Bund und Ländern eine umfassende Restaurierung großer Altstadtbereiche sowie eine Instandsetzung und Modernisierung der Straßen, Verkehrs- sowie der Ver- und Entsorgungsstrukturen stattfand, sind auf der Ostseite die Verbesserungen nur marginal geblieben. So besteht heute zwischen der schön restaurierten Altstadt Görlitz - mittlerweile ein bedeutsamer Magnet für Touristen - und einer wenig attraktiven Stadt Zgorzelec eine erhebliche Diskrepanz, die im Hinblick auf eine gemeinsame Europaregion großen Handlungsbedarf signalisiert. Allerdings hat die Steigerung der Attraktivität der Stadt- und Infrastruktur nicht den Abwanderungssog stoppen können, so dass mit dem Einwohner- und Arbeitsplatzverlust noch ein **massiver Wohnungsleerstand** in Görlitz von ca. 20% einhergeht. Dieser könnte jedoch wegen der noch vorhandenen **Wohnungsknappheit im polnischen Zgorzelec** im Hinblick auf die gemeinsame Europaregion ein interessanter Ausgangspunkt für eine gemeinsame Stadt- und Wohnungspolitik sein.

Ein sehr wesentlicher Schritt für eine kommunal selbstorganisierte Politik der Integration und Zusammenarbeit in Richtung einer gemeinsamen Europastadt stellt die 1990 in beiden Städten wieder eingeführte **demokratische Selbstverwaltung** dar. Für die kreisfreie Stadt Görlitz ist die kommunale Selbstverwaltung seit dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland durch Art. 28 II Grundgesetz und die Kommunalverfassung durch die Sächsische Gemeindeordnung geregelt. Der Oberbürgermeister wird auf 7 Jahre als Vorsitzender des Stadtrates und Leiter der Stadtverwaltung direkt gewählt, der Stadtrat geht aus allgemeinen freien Kommunalwahlen hervor.

In Polen wurde die Selbstverwaltung mit dem Gesetz über die territoriale Selbstverwaltung geregelt. Zentrales Organ der Stadt Zgorzelec ist der auf 4 Jahre direkt gewählte Stadtrat. Er wählt den aus 4 bis 7 Mitgliedern bestehenden Stadtvorstand und den Bürgermeister. „Mit der Wiedereinführung des Landkreises Zgorzelec im Jahre 1998 fielen Teilbereiche aus Bildung, Gesundheitswesen, Kultur, Sozialhilfe und Verkehrswesen in die Zuständigkeit des Landkreises, der neben dem gewählten Kreistag auch über eine eigene Exekutive mit dem Starosta (Kreishauptmann) an der Spitze verfügt“ (zit. nach: Die Europastadt Görlitz/Zgorzelec als Fallbeispiel).

Die Kommunalstrukturen sind für den Zukunftsprozess der Europaregion von grundsätzlicher Bedeutung. Auf beiden Seiten gibt es demokratisch legitimierte politische Institutionen, die den Integrationsprozess und eine Zukunftsentwicklung in Richtung einer gemeinsamen Europaregion im Sinne der jeweiligen Bürgerschaft steuern können. Diesem grundsätzlichen Fortschritt stehen jedoch noch divergente Strukturen gegenüber: „Die unterschiedlichen institutionellen Strukturen auf lokaler Ebene erschweren eine Zusammenarbeit ebenso, wie die unterschiedlichen nationalen politisch-institutionellen Systeme. Da in Polen noch zahlreiche Entscheidungen der grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit auf der Ebene der Zentralregierung gefällt werden, stehen den deutschen Akteuren auf kommunaler und regionaler Ebene vergleichsweise schwache polnische Partner gegenüber“ (zit. nach: Die Europastadt Görlitz/Zgorzelec als Fallbeispiel).

Nicht ohne Wirkung für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ist die **ungleiche finanzielle Situation der beiden Städte Görlitz und Zgorzelec**. Auch wenn die Stadt Görlitz durch eine drastische Reduktion des Steueraufkommens ein relativ schmales Haushaltsbudget aus eigenen Einnahmen hat, so haben die Hilfen der EU sowie des Bundes und des Landes für die Stadtsanierung, den Infrastrukturaufbau sowie für die Ausstattung kultureller und sonstiger Einrichtungen zu einer ungleich besseren Finanzausstattung im Verhältnis zu Zgorzelec geführt. Auch wenn durch Fördermittel des Europäischen Strukturfonds bereits Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gefördert werden, so bleibt gleichwohl die insgesamt ungleiche finanzielle Ausstattung, die eine gleichberechtigte Stellung beider Seiten im Integrationsprozess zu einer gemeinsamen Europastadt erschwert.

Nach wie vor sehr ausgeprägt sind die **sozio-kulturellen Barrieren zwischen den beiden Grenzstädten**. Sowohl die historische Entstehung der Grenzstädte-Situation nach dem Zweiten Weltkrieg als auch die Trennung in der überwiegenden Zeit bis 1990 haben die ausgeprägte Sprach- und Kulturgrenze manifestiert. Durch den gravierenden Kommunikationsmangel wurden die unterschiedlichen Mentalitäten, Fremdheit und Vertrauensmangel verfestigt und der Aufbau von kooperativen Beziehungen und Projekten der Zusammenarbeit erschwert. Auch wenn die Grenze heute relativ offen ist, haben die Bestimmungen des Schengener Abkommens 1994 zur Regelung der EU-Außengrenze neue Barrieren in Form verstärkter Grenz- und Zollkontrollen errichtet.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die kulturellen, sprachlichen, rechtlichen, institutionellen sowie wirtschaftlichen und technologischen Barrieren **hohe Transaktionskosten** verursachen (Übersetzungskosten, Verteidigungskosten, Rechtsberatungskosten, Normungs-, Finanz-, Kommunikationsungleichheiten etc.). Vor diesem Hintergrund wird bei der weiteren Entwicklung zu einer gemeinsamen Europastadt noch ein großes Potential an Kreativität und Innovationskraft aufzuwenden sein, um die Transaktionskosten zu verringern und die beiderseitigen Vorteile und Win-Win-Strategien herauszuarbeiten.

4 Zukunftsszenarien für die Europaregion Görlitz/Zgorzelec

Die Zukunftsszenarien sollen ausdrücklich nicht als Prognosen im Sinne von Wahrscheinlichkeitsaussagen aufgefasst werden, sondern als Zukunftsbilder möglicher Entwicklungen der Europaregion Görlitz/Zgorzelec. Zukunftsszenarien sollen Bilder möglicher Zukünfte aufzeigen, in die neben wahrscheinlichen Elementen auch visionäre und wünschbare Zukunftsperspektiven einfließen. Sie sollen vor allem dazu dienen, für die Zukunftsgestaltung verschiedene Optionen zur Diskussion zu stellen und die Kommunikation darüber anzuregen, was denkbar und vorstellbar ist und ob es Strategien und Maßnahmen geben kann, das Wünschbare zu gestalten. In einer immer komplexer werdenden Welt sind auch die Zukunftsperspektiven weniger bestimmt und so kommt es in besonderer Weise darauf an, in einer vernetzten Betrachtung der politischen Handlungsfelder langfristige Zukunftsorientierungen aufzuzeigen, um zukunftsfähige Entwicklungsperspektiven herauszufiltern. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kranken immer mehr an kurzfristigen und kurzatmigen Handlungs- und Gestaltungsperspektiven. Der schnelle „Gewinn“ bestimmt besonders in der neoliberal geprägten Wirtschaft und Gesellschaft weithin das Tagesgeschäft der politischen und wirtschaftlichen Akteure. Die mittel- und langfristig positiven und negativen Perspektiven und sozialen, ökologischen und kulturellen Folgen werden weitgehend ausgeblendet. Insbesondere die negativen Folgen werden auf die nachfolgenden Generationen, die Natur und häufig auch auf andere Kulturen abgewälzt.

Die drei Zukunftsszenarien für die Europaregion Görlitz/Zgorzelec versuchen vor dem Hintergrund der globalen und langfristigen Basistrends sowie der spezifischen Ausgangssituation der beiden Grenzstädte und ihres Umlandes langfristig mögliche Zukunftsbilder zu entwerfen, die jeweils einer bestimmten Leitperspektive unterliegen:

Szenario A: Die kooperative Europaregion

Szenario B: Die Europaregion der Information und des Wissens

Szenario C: Die Europaregion der nachhaltigen Entwicklung.

Zu Szenario A: Die kooperative Europaregion

Das Zukunftsszenario A geht von der Leitperspektive aus, dass sowohl auf polnischer wie auf deutscher Seite ein starker Wille vorhanden ist, die bereits bestehenden Kontakte und Projektionen zu einer kooperativen Zusammenarbeit in Richtung einer gemeinsamen Europaregion 2030 intensiviert fortzusetzen. In diesem Zukunftsbild werden mehr oder weniger systematisch die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Handlungsfelder erfasst und im Rahmen des Beitritts Polens zur Europäischen Union

und der europäischen Vereinigung durch gemeinsame Planungen und Aktivitäten zu einer nach außen und innen einheitlichen Stadt und Region fortentwickelt. Das gilt für die Stadtentwicklung, die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung, die Infrastruktur- und Verkehrsplanung gleichermaßen wie für die Gesundheits- und Bildungspolitik, die Naherholung, den Tourismus und den Fremdenverkehr, die Energiepolitik sowie die Finanz-, Rechts- und Kommunikationsbeziehungen und das regionale Marketing. Die heute schon bestehenden institutionellen Kooperationsbeziehungen werden ausgebaut und verschmelzen Schritt um Schritt zu gemeinsamen politischen Strukturen und Verwaltungseinheiten.

Zu den Szenarien B und C:

Szenario B: Die Europaregion der Information und des Wissens

Szenario C: Die Europaregion der nachhaltigen Entwicklung

Diese beiden Zukunftsszenarien basieren auf der Erkenntnis, dass es heute und in der Zukunft zwei „Welt-Leitbilder“ gibt, die gleichermaßen die gesellschaftliche Zukunft bestimmen werden: Das Leitbild „Informationsgesellschaft und Wissensgesellschaft“ als Fortsetzung der Industriegesellschaft mit anderen Mitteln und die „Nachhaltige Entwicklung“ als Kurswechsel von der quantitativen zur qualitativen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Deutlich stehen sich die beiden Entwicklungswege bisher weitgehend unvernetzt gegenüber. Beide Zukunftsvisionen haben aus ganz unterschiedlichen Gründen eine besondere Mächtigkeit sowohl als Leitbilder für globale Handlungskonzepte als auch für das praktische Handeln auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Diese Leitbilder sind auch für die Zukünfte von Städten und Regionen prägend, ebenso für zukünftige Lebensstile, Arbeit, Bildung und Ausbildung, Kultur und Sozialverhalten.

Die „*Informationsgesellschaft*“ begründet sich hauptsächlich aus der wachsenden Bedeutung der Ressource „Information und Wissen“ und der zunehmenden ökonomischen und sozialen Relevanz der technischen Informations- und Kommunikationssysteme in Verbindung mit dem Einsatz von Computern. Ihre Durchsetzung folgt im wesentlichen der Eigendynamik des technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerbs im Rahmen des internationalen Wachstums- und Produktivitätswettlaufs. Die Mächtigkeit des Leitbildes „Informationsgesellschaft“ resultiert aus der zunehmenden Verfügbarkeit und universellen Anwendung informationstechnischer Systeme. Ihr Einsatz bestimmt in hohem Maße die Entwicklung aller Lebensbereiche.

Das Leitbild der „*Nachhaltigen Gesellschaft*“ begründet sich hauptsächlich aus der Notwendigkeit, die Lebens- und Produktionsgrundlagen weltweit dauerhaft zu erhalten

und die Gewinne aus den natürlichen und wissenschaftlich-technischen Ressourcen gerechter zu verteilen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass jede Generation so handeln muss, dass das natürliche Kapital (Quantität und Qualität der natürlichen Lebensmedien und Ressourcen) soweit erhalten bleibt, dass für künftige Generationen die Lebensgrundlagen nicht gefährdet werden und ein Zusammenleben aller Menschen in wirtschaftlicher und sozialer Stabilität möglich ist. Das zentrale Credo für nachhaltige Entwicklung lautet: Nur ein Entwicklungsprozess, der die Ausbeutung der Ressourcen, die Belastungen der Umwelt, die Investitionsflüsse, die Ausrichtung der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung und die sozialen und institutionellen Veränderungen mit den Bedürfnissen der Menschen weltweit und in Zukunft in Einklang bringt, ist langfristig zukunftsfähig. Nachhaltigkeit der Entwicklung ist also nicht Umweltpolitik mit anderen Mitteln, sondern eine Politik der gesellschaftlichen Zukunftssicherung im Sinne einer dauerhaften Stabilisierung von Wirtschaft, Umwelt und Sozialverhalten.

Vor dem Hintergrund der beiden bedeutsamen Leitbild-Funktionen der „Informationsgesellschaft“ und der „Nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung“ erhalten die Zukunftsszenarien B und C ihren besonderen Stellenwert beim Entwurf von Zukunftsbildern möglicher Entwicklungen der Europaregion Görlitz/Zgorzelec.

A. Die kooperative Europaregion

Die institutionelle kommunale Zusammenarbeit der beiden Städte wird systematisch ausgebaut. Ausgangspunkte der Zusammenarbeit bilden der seit 1991 bestehende Partnerschaftsvertrag Görlitz/Zgorzelec, die gemeinsame Koordinierungskommission und die deutsch-polnischen Arbeitsgruppen auf diversen kommunalen Handlungsfeldern (Stadtentwicklung, Planung, Wohnungswirtschaft, Wirtschaft, Stadtmarketing, Infrastruktur, Kultur, Tourismus etc.). Besonders relevant war die „Erklärung zur Europastadt Görlitz/Zgorzelec“ von 1998. Zur stärkeren politischen Vernetzung wurde eine gemeinsame Stadtratskommission aus Stadträten und Fraktionsvorsitzenden eingerichtet. Die Erfahrungen aus der alltäglichen Zusammenarbeit und die völlig neuen Anforderungen an eine gemeinsame Europastrategie nach dem Beitritt Polens in die EU im Jahre 2004 machten deutlich, dass die interkommunale Kooperation einer engeren und im Hinblick auf Entscheidungen verbindlicheren institutionellen Verflechtung bedarf. Ein wichtiger Schritt ist die Bildung einer kooperativen Zwischenebene (**„Gemeinsame Kommission der Europastadt Görlitz/Zgorzelec“**), auf die Funktionen und Entscheidungskompetenzen der beiden Stadträte und der Stadtverwaltungen übertragen werden. Die „Gemeinsame Kommission“ ist rechtlich als Modellprojekt konstituiert und darf vor allem Entscheidungen für die gemeinsame Europastadt und zur Entwicklung einer einheitlichen Europaregion fällen. Eine in diesem Zusammenhang besonders wichtige

Aufgabe ist die Planung, Organisation und Durchführung des Projektes „Kulturhauptstadt im Jahr 2010“.

Im Rahmen der Zusammenarbeit wurde schnell deutlich, dass eine Generalplanung und -entwicklung für die Europastadt und die Europaregion in allen Handlungsbereichen, insbesondere in der Stadt- und Infrastrukturplanung, der Schaffung einer einheitlichen Wirtschaftsentwicklungsstrategie, der gemeinsamen Wohnungswirtschaft sowie auf den Gebieten Bildung, Jugend und Sport sowie Gesundheit und Soziales, nur dann voll funktionieren kann, wenn eine einheitliche kommunale Selbstverwaltungsstruktur geschaffen wird.

Vor diesem Hintergrund beschlossen die Stadträte beider Seiten ihre Souveränität aufzugeben und in einer **gemeinsamen Kommunalwahl im Jahre 2016** einen Stadtrat für die Europastadt zu wählen. In der Zwischenzeit arbeitet eine im Jahr 2004 gebildete Koordinierungskommission mit den polnischen und deutschen Landkreisen (Landkreis Zgorzelec und Niederschlesischer Oberlausitzkreis) an der Entwicklung und Integration einer gemeinsamen Europaregion, die sich als einheitlicher Wirtschafts-, Sozial- und Kulturraum zwischen den Regionen Dresden und Wroclaw etablieren konnte. Die sich entwickelnde Europastadt bildet ein gemeinsames Oberzentrum, das raumordnerisch nach Deutschland und nach Polen wirkt und mehr und mehr gleichberechtigt mit Dresden und Wroclaw einen neuen europäischen Wirtschaftsraum bildet. Als wichtige und fruchtbare Maßnahme auf dem Weg zur Europaregion haben sich eine Reihe kooperativer Institutionen bewährt: Da ist an erster Stelle die **gemeinsame „Agentur für Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung“** zu nennen, die bereits 2003 eingereicht wurde. Ihr ist es im Laufe der folgenden Jahre gelungen, den Bestand an Wirtschaftsunternehmen in Görlitz zu sichern, zahlreiche Unternehmen in Zgorzelec zu modernisieren und deren Produktivität zum Teil erheblich zu erhöhen sowie Fördermittel der EU, der Bundesrepublik Deutschland und des polnischen Staates einzuwerben. Mit der Stabilisierung der vorhandenen Wirtschaftsunternehmen und den eingeworbenen Fördermitteln sowie den erheblich verbesserten Standortfaktoren (Bildung, Qualifikation, Kulturangebot, Umwelt, Verkehr (Mobilität), Kommunikation etc.) gelang es der Agentur, verschiedene Neuansiedlungen von Wirtschaftsunternehmen zu realisieren, so dass die Abwanderung von Arbeitskräften gestoppt und eine leicht positive Zuwanderungsbilanz erreicht werden konnte. Große Schwierigkeiten bereiteten allerdings die ungleichen Wirtschafts- und Produktivitätsstrukturen, die teilweise hohen Transaktionskosten, der verschärfte globalisierte Wettbewerb und unterschiedliche Mentalitätsstrukturen im polnischen und deutschen Teil der sich entwickelnden Europaregion. Hier hat sich die enge Zusammenarbeit mit der **„Gesellschaft für Stadt- und Regionalmarketing“** bewährt, die im Jahre 2004 aus der Arbeitsgruppe Wirtschaft, Stadtmarketing, Infrastruktur hervorgegangen ist.

Für die Entwicklung der beiden Städte zu einer einheitlichen Europastadt war die Einrichtung einer **gemeinsamen Stadtplanung, Wohnungswirtschaft und Verkehrsplanung** eine unabdingbare Voraussetzung. Erst dadurch, dass man die Arbeit auf einen gemeinsamen Flächennutzungsplan, eine einheitliche Planung von Altstadt und Stadtteilen, eine gemeinsame Verkehrsplanung mit neuen Brückenbauten, einem einheitlichen Verkehrsnetz mit den erforderlichen Umgehungsstraßen, Straßenbahn- und Buslinien, einen gemeinsamen Busbahnhof, einheitliche Einkaufszentren, ein neues Stadt-, Kultur- und Erholungszentrum (Dom Kultury, Stadthalle und Hochschulbereich) beidseitig der Neiße mit symbolträchtiger Europabebauung als gemeinsamen neuen Stadtmittelpunkt ausrichtete, konnte für die Bürger das Entstehen der gemeinsamen Europastadt erfassbar und real erlebbar werden. Wichtig war die Gründung und **Einrichtung eines einheitlichen Verkehrsunternehmens** für den gesamten ÖPNV in der Region unter Einbezug der Landkreise im Jahr 2006.

Auch für das wichtige Handlungsfeld „Kultur“ und Tourismus“ wurde die ursprüngliche Arbeitsgruppe der Europastadt Görlitz/Zgorzelec im Jahr 2004 in eine „**Gesellschaft für Kultur und Tourismus**“ überführt, die unmittelbar im Auftrag beider Stadträte die gesamte Kultur- und Tourismusplanung, das Marketing und die Umsetzungserfordernisse zu bearbeiten hatte. Einbezogen wurden auch die polnischen und deutschen Landkreise. Im Mittelpunkt stand die Erarbeitung einer **gemeinsamen Kultur- und Tourismuskonzeption**, die von den folgenden gesamtstädtischen Projektionen geprägt war:

- Gemeinsame Ausstellungsplanung für die bildende Kunst im Dom Kultury, in der Stadthalle und anderen Kulturstätten der Stadt;
- Gemeinsame Veranstaltungsprogramm-Planung für alle relevanten Musikereignisse;
- Gemeinsame Planung sonstiger Kulturveranstaltungen wie Straßentheater, Zirkus, Subkulturtreffen, Chorfestival, Jazztage, Literaturfest etc.;
- Gemeinsame Planung des Projektes „Kulturhauptstadt Europa 2010“;
- Schaffung von gemeinsamen Museen für bestimmte Sachgebiete;
- Projekt „Theater der Europaregion“ - gemeinsames Theater der Region.

Für den Tourismusbereich wurde ein einheitliches Konzept entwickelt und schrittweise umgesetzt, das u.a. folgende Elemente enthält:

- die touristische Vermarktung der Altstadt und des neuen kulturellen und freizeitorientierten Zentrums beidseitig der Neiße,

- die Vermarktung der neuen gesamtstädtischen Kulturereignisse und Kulturinstitutionen sowie der Sportereignisse,
- die touristische Erschließung der gesamten Region einschließlich der Naturräume der Landkreise,
- die gemeinsame Planung und den Ausbau der regionalen Hotelkapazitäten,
- die gesamte Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Präsentation als zukunftsorientierte Europaregion.

Auch auf den Gebieten **Jugend, Bildung und Sport** hat die Kooperation der beiden Städte und der Landkreise im Zuge der Integration erhebliche Fortschritte gebracht. Zu den wichtigsten Projekten gehörten der gemeinsame Kindertagesstätten-Plan, der Fachplan für die gemeinsame Kinder- und Jugendarbeit, die Angleichung der Schulsysteme und der Schulausbildung, die prinzipielle Zweisprachlichkeit in allen Schul- und Ausbildungsstätten und der gemeinsame „Jugendförderungsplan“ der Region Görlitz/Zgorzelec. Grundlage des Jugendförderungsplanes ist die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Eigeninitiative junger Menschen. Das Ziel ist eine Orientierung schaffende Perspektive und starke Identifikation der Jugend mit der Europaregion Görlitz/Zgorzelec. Hauptelemente des Jugendförderungsprogramms waren die besondere Berufsvorbereitung und starke Praxisorientierung im Schulkontext (Projektarbeit, Verbindung mit außerschulischen Institutionen und mit Unternehmen, außerschulische Praktika etc.), Modelle des Job-Trainings „Jugend mit Zukunft“ und der Auf- und Ausbau der Jugendhäuser. Im Hinblick auf die Wiedereingliederung gefährdeter Jugendlicher auf deutscher und polnischer Seite war die Entwicklung und Durchführung des gemeinsamen Präventionsplanes zur Bekämpfung sucht- und alkoholgefährdeter Kinder und Jugendlicher aus dem Jahr 2005 insgesamt sehr erfolgreich. Die Wirkungen haben sich allerdings nicht sofort eingestellt, so dass erst ab dem Jahr 2007 positive Ergebnisse feststellbar waren. Wichtig für die günstige Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit war das 2006 errichtete deutsch-polnische Kinder- und Jugendzentrum, das seitdem als zentrale Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche aus allen Teilen der Region fungiert und darüber hinaus als Begegnungsstätte für Schüler, Studenten und Jugendgruppen aus Ost- und Westeuropa.

Auf dem Gebiet des Sports war vorrangig die Sanierung bestehender Sportanlagen, die gemeinsame Nutzung der Sportstätten und Errichtung von zwei neuen gemeinsam konzipierten und für alle Bürger der Stadt und der Region nutzbaren Sporthallen. Auch die Planung und Durchführung der großen Sportereignisse und Sportfeste erfolgte einheitlich für die Stadt und die Region, so dass sich im Jahre 2020 das neue europäische Görlitz/Zgorzelec als Zentrum der Jugend und des Sports präsentieren kann.

Als besonders schwieriges Handlungsfeld stellten sich die Bereiche **Soziales und Gesundheit** heraus. Ausgangspunkt waren die großen Unterschiede in der sozialen und gesundheitlichen Versorgung der Menschen auf deutscher und polnischer Seite im Jahre 2002. Die eklatanten Unterschiede im Rentenniveau, im Bereich der Arbeitslosenunterstützung, der Sozialbetreuung von Sozialhilfeempfängern und der Ausstattung der freien Wohlfahrtsverbände zwischen der deutschen und polnischen Seite machten es sehr schwer, nach dem Beitritt Polens zur EU im Jahre 2004 auf diesen Gebieten schnell zu kooperativen Lösungen zu kommen. Erst als es in den Jahren 2005 bis 2008 gelang, gemeinsame Beiräte für Senioren, Behinderte und Ausländer zu bestellen, verbesserte sich die Situation schrittweise.

Einfacher verlief die gemeinsame Frauenpolitik, da hier keine grundlegenden Divergenzen vorlagen und gemeinsame Ziele und Konzepte alsbald formuliert und sukzessive umgesetzt werden konnten.

Auf der Ebene der Stadtverwaltungen konnte im Jahr 2005 eine gemeinsame „**Koordinierungskommission für Soziales und Gesundheit**“ gebildet werden, die mit einer Reihe von Kompetenzen ausgestattet wurde, die über die der ursprünglichen Arbeitsgruppe hinausgingen. Die Koordinierungskommission übernahm zahlreiche Aufgaben der städtischen Sozialämter und der Gesundheitsverwaltungen und entwickelte Konzepte zur Angleichung der Sozialpolitik und Sozialhilfe sowie des öffentlichen Gesundheitswesens und der Krankenhausentwicklung im polnischen und deutschen Teil von Görlitz/Zgorzelec. Besonders erfolgreich war die Sozialpolitik für bestimmte Zielgruppen, so insbesondere die Realisierung des Programms „Wohnen im Alter einschließlich der ambulanten Dienste“, die Förderung von Behinderten einschließlich der beruflichen und sozialen Integration sowie die Unterstützung der Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen. Positiv entwickelte sich auch die Bedarfsplanung sowie der Ausbau stationärer Pflegeeinrichtungen. Die Koordination und Stärkung der Zusammenarbeit bei den Trägern der freien Wohlfahrtsverbände, der sozialen Verbände und Vereine hat ebenfalls Früchte getragen, so dass sich bis zum Jahr 2008 eine gute Kooperation entwickelt hatte.

Im Gesundheitsbereich wurden zeitlich parallel das öffentliche Gesundheitswesen und die Entwicklung der Krankenhäuser und der Krankenhausversorgung angeglichen und ausgebaut. Ausgehend von der gemeinsamen Gesundheitshygiene (Seuchen-, Umwelt- und Tierhygiene) sowie der Lebensmittel- und Trinkwasserkontrolle wurde dann im Jahr 2005 die Zusammenarbeit auf den Gebieten Suchtkrankenbetreuung und Suchtprävention vorangetrieben. Im Jahre 2008 wurde erstmals eine gemeinsame Gesundheitsberichterstattung vorgelegt. Gemäß den Modellen einiger westeuropäischer Europastädte wurden im Jahr 2006 die Krankenversicherungsleistungen wechselseitig anerkannt, so

dass seitdem die ambulante und stationäre Versorgung für alle Bürger der Region im Ost- oder Westteil durchgeführt werden kann.

Für eine qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung wurde der Ausbau und die Modernisierung der Krankenhäuser im Rahmen des „Krankenhausentwicklungsplanes 2004 bis 2014“ vorgenommen. Gemäß der verschiedenen Fachgebiete und Spezialeinrichtungen wie Tumorzentrum, Herzzentrum, Dialyse, Schlaflabor etc. wurden die Behandlungseinrichtungen für die gesamte Region vernetzt und aufeinander abgestimmt. Große Vorteile brachten auch der Aufbau eines gemeinsamen Krankenhausinformationssystems, die gemeinsame Nutzung von Rehabilitationseinrichtungen und die gemeinsame Organisation des Notruf- und Rettungsdienstes. Die insgesamt beträchtlichen Transaktionskosten (Übersetzungen, Sprachkurse für Sozial-, Ärzte- und Klinikpersonal, Beratungsleistungen etc.) haben sich im Laufe der Jahre durch die zahlreichen Win-Win-Strategien bestens ausgezahlt.

B. Die Europaregion der Information und des Wissens

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Diskussionen und Erkenntnisse über die Bedeutung von Information, Wissen, Bildung und Know How sowie der Relevanz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft beschlossen im Jahre 2004 die Stadträte von Görlitz und Zgorzelec die Region zur „Europaregion der Information und des Wissens“ zu entwickeln. Information, Wissen und Bildung im 21. Jahrhundert verheißen, richtig erschlossen, verteilt, kommuniziert und umgesetzt, Innovationen, Produktivitätssteigerung, Wachstum, Beschäftigung und die beste Positionierung im globalen Wettbewerb der Städte und Regionen. Information und Wissen ist die einzige Ressource, die die Region auf der Grundlage des endogenen Potentials fördern und vermehren kann. Information und Wissen ist heute der vielleicht wichtigste Produktivfaktor geworden. Träger von Information und Wissen sind die vorhandenen Menschen und solche, die hinzukommen und durch ihre erworbenen Fähigkeiten, Qualifikationen und Erfahrungen in der Lage sind, auf Umfeldveränderungen mit Wissensstrategien zu reagieren und Innovationen in Gang zu setzen.

Angesichts der exponentiellen Zuwächse an Daten, Informationen und Wissensbeständen, der ungleichen Verteilung der Zugänge zu Informationen und Wissen sowohl zwischen den in der Region lebenden Menschen als auch im Vergleich zu anderen Regionen, die hier europaweit und weltweit erhebliche Vorsprünge haben, war beiden Stadträten klar, dass die **Beschlüsse zur Entwicklung einer gemeinsamen „Europaregion der Information und des Wissens“** eine gewaltige Herausforderung bedeuten. Wie soll diese Region zur Wissensregion werden, wenn es vom Kindergarten über die

Schule und Hochschule bis zum Weiterbildungsbereich und in der Erwachsenenbildung am Nötigsten mangelt und wegen chronischen Geldmangels und zahlreicher historisch-kultureller Faktoren noch nicht einmal ausreichender Sprachunterricht stattfindet und in den Ausbildungseinrichtungen der Putz von den Wänden bröckelt? Wie soll angesichts der nicht vorhandenen Forschungslandschaft eine Produktion von wissenschaftlichem Wissen und Know How zustande gebracht werden? Gleichwohl, die Debatten um die existentielle Bedeutung von Information und Wissen für die Zukunftsgestaltung gerade rohstoffarmer Regionen, über die Notwendigkeit eines guten Bildungssystems im Zuge der Pisa-Studie und die Erkenntnis, dass in beiden Städten und der Region ein erhebliches Potential an kreativen, innovativen und improvisationsfreudigen Menschen steckt, hat die Verantwortlichen auf beiden Seiten dazu ermutigt, den Beschluss für die gemeinsame „Europaregion der Information und des Wissens“ zu fassen. Hinzu kam, dass sowohl die europäischen Struktur- und Förderprogramme und Unterstützungshilfen der nationalstaatlichen Entwicklungsprogramme sowie des Landes Sachsen eine Reihe von Finanzhilfen in Aussicht stellten, die einer Entwicklung zur Informations- und Wissensregion entgegenkamen.

Noch im Jahr 2004 wurde unmittelbar nach den Grundsatzentscheidungen der beiden Stadträte die **„Gemeinsame Kommission für die Europaregion der Information und des Wissens“** mit weitgehenden konzeptionellen Befugnissen und Entscheidungskompetenzen gebildet. In der „Gemeinsamen Kommission“ wurde schnell deutlich, dass die Entscheidung für eine Region der Information und des Wissens grundlegende Veränderungen im Bildungssystem - vom Kindergarten bis zur Hochschulausbildung und zur Weiterbildung -, in der Wirtschaft, der Kultur und der städtischen Administration zur Folge hat. Neben dem Erwerb von modernem Grundlagen- und Fachwissen musste es vor allem um die intensive Förderung von Schlüsselqualifikationen gehen, den Umgang mit neuen Informations- und Kommunikationssystemen, den Erwerb von sozialer und kultureller Kompetenz und die Schaffung von Möglichkeiten zum „lebenslangen Lernen“. Vor diesem Hintergrund beschloss die „Gemeinsame Kommission“ einen **Stufenplan zur baulichen Erneuerung der Kindergärten, der Grund- und Hauptschulen und der Gymnasien sowie die Neustrukturierung der Lehrprogramme**. Wegen des großen Erfolges der skandinavischen Schule, insbesondere des finnischen Vorschul- und Schulmodells, orientierte sich die Gesamtkonzeption in besonderer Weise an diesen Vorbildern. Für den Kindergarten und Vorschulbereich wurde die Erkenntnis umgesetzt, dass für die Entwicklung eines Kindes die ersten 7 bis 10 Lebensjahre am wichtigsten sind. Das führte dazu, dass sukzessive jedem Kind ein Kindergarten- und Vorschulplatz zur Verfügung gestellt wurde und der Kindergarten konsequent auch als Bildungs- und nicht nur als Bewahranstalt neubestimmt wurde, in dem lehrreiches Spielen und spielerisches Lernen das pädagogische Konzept prägen.

Die Schulen wurden in einem Crash-Programm mit Hilfe von EU-, sowie deutschen Bundes- und Landesfördermitteln und Hilfen aus Förderprogrammen des polnischen Staates in Ganztagschulen umgewandelt. Diesem Programm lag die Erkenntnis zugrunde, dass die Ganztagschulen nicht nur den Kindern und Eltern zugute kommen, sondern auch dem Ansehen der Lehrerschaft, die nun im Rahmen der Schule neuen Typs ganz neue erzieherische Aufgaben übernahmen, nämlich sowohl durch interessante Schul- als auch Freizeitangebote die vorher stark vernachlässigten Bildungsreserven der Kinder zu mobilisieren. Von den Klassen mit einer größeren Leistungsspanne profitierten wie in den skandinavischen Ländern, nunmehr Schwache und Starke gleichermaßen, weil innerhalb des Klassenverbundes eine Binnendifferenzierung durch Kleingruppen- und Partnerarbeit gepflegt wurde.

Es war von vornherein klar, dass ein funktionsfähiges, qualitativ hochwertiges Ausbildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschul- und Weiterbildung nur zweisprachig funktionieren würde. Unter dieser Vorgabe und insbesondere im Hinblick auf die Vermittlung von Orientierungs- und praktischem Handlungswissen wurden in die Unterrichtscurricula Praxisprojekte und Praxisphasen eingeführt und zahlreiche neue Lernmethoden, die vor allem auch moderne Hilfsmittel der IuK-Techniken nutzen.

In der „Gemeinsamen Kommission für die Europaregion der Information und des Wissens“ bestand Einigkeit darüber, dass die grundlegenden ökonomischen und sozialen Strukturprobleme nur lösbar sind, wenn die Region über eine **leistungsfähige Hochschul- und Forschungslandschaft** verfügt. Schon im Jahr 2003 gelang es, dem Land Sachsen und dem deutschen Wissenschaftsrat die Entscheidung abzurufen, die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen Zittau/Görlitz (FH) im Hinblick auf die dringende Erneuerung der Wirtschafts- und Wissenschaftsstruktur schwerpunktmäßig auszubauen. Auf polnischer Seite konnte sowohl auf der Ebene der Zentralregierung wie der Woiwodschaft erreicht werden, dass die in Zgorzelec bestehende Außenstelle der Universität Wrocław für das Fernstudium der Rechts- und Verwaltungswissenschaft zu einem Bestandteil der gemeinsamen Hochschule der Europaregion Görlitz/Zgorzelec weiterentwickelt und gefördert wird.

Die neue **Europahochschule Görlitz/Zgorzelec** wurde in den Jahren 2006 bis 2016 Kristallisationspunkt einer Wissenschaftslandschaft der Region mit besonderer Ausstrahlungskraft auf die Entwicklung und Modernisierung zahlreicher bestehender regionaler Unternehmen und die Gründung neuer High-Tech-Unternehmen. Insbesondere einige mit der Europahochschule eng kooperierende Forschungseinrichtungen verhalfen der Region zu dem Ruf, sich allmählich zu einem weltweit beachteten **FuE-Kompetenzzentrum** zu entwickeln.

Hierzu zählen insbesondere:

- + das Institut für Biotechnologie und Bioproduktforschung
- + das Europazentrum für Kultur und Sprache Osteuropas
- + das Institut für Zukunftsenergien
- + das Forschungszentrum für innovatives und solares Bauen
- + das Institut für Lernforschung und Lernmethodik
- + das Europainstitut für Pädagogik, Psychologie der Schule und Didaktik.

Als Teil der Bildungs- und Wissenschaftslandschaft der Europaregion mit überregionaler Ausstrahlung hat sich auch das 2006 gegründete „**Zentrum der internationalen Begegnung**“ zwischen Bürgern aus Ost- und Westeuropa etabliert, das sich insbesondere im Bereich der sprachlichen und kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen einen besonderen Stellenwert erarbeitet hat.

Die Hochschul- und Institutslandschaft konnte im Laufe der Zeit, unter anderem mit Hilfe der 2005 gegründeten gemeinsamen **Technologietransferagentur (TTA)**, mit den Wirtschaftsunternehmen der Region enger vernetzt werden. Der im Jahre 2006 gegründete **Technologie- und Gewerbepark** konnte nach anfänglichen Schwierigkeiten in den Jahren 2008 bis 2015 eine sehr positive Entwicklung verzeichnen, so dass er mittlerweile 85 Firmen verschiedener High-Tech-Branchen aufweist, von der Biotechnologie, der Bautechnologie und der Entwicklung von Lernprogrammen bis zu Unternehmen dezentraler Energietechniken, der Entwicklung von Spiele-Software und der modernen Lebensmittelkontrolle.

C. Die Europaregion für nachhaltige Entwicklung

Die in den Jahren 2003 bis 2004 intensiv geführten Debatten über die Zukunftsfähigkeit der Europaregion Görlitz/Zgorzelec im Rahmen des Projektes „Visionen Europastadt 2030“ fokussierten sich in beiden Stadträten und der gemeinsamen Koordinierungskommission immer stärker auf das **Leitbild der nachhaltigen Entwicklung**. Vor dem Hintergrund der dramatischen globalen und regionalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Disparitäten wurde allen Beteiligten sehr deutlich, dass das von der Agenda 21, dem Aktionsprogramm der internationalen Staatengemeinschaft für das 21. Jahrhundert vorgezeichnete Leitbild der Nachhaltigkeit auch Grundlage für die Entwicklung in der Region werden müsse. Das Leitbild verlagte, dass jede Generation so handeln muss, dass die natürlichen Lebensmedien und Ressourcen und das erarbeitete technische Kapital soweit erhalten bleiben, dass für künftige Generationen die Lebensgrundlagen nicht gefährdet werden und ein Zusammenleben aller Menschen in

wirtschaftlicher und sozialer Stabilität möglich ist. Im einzelnen geht es um die Ausfüllung der folgenden Leitziele:

- Sicherung von wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Schonung der Naturressourcen
- Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit
- Wahrung und Förderung der kulturellen Eigenentwicklung und Vielfalt von Völkern und Lebensgemeinschaften
- Unterlassung riskanter Techniken und irreversibler Umfeldzerstörungen.

Ein wichtiger Schritt der Region musste nun darin bestehen, diese allgemein orientierenden Leitziele auszudifferenzieren und auf konkrete Aufgaben, Projekte und Prozesse in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern herunterzubrechen.

Fast zeitgleich beschlossen im Oktober 2004 deshalb die beiden Stadträte auf polnischer und deutscher Seite das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung als Zukunftsperspektive für die Europaregion Görlitz/Zgorzelec anzunehmen. Gleichzeitig wurden weitere Beschlüsse gefasst: Die Einsetzung einer **„Gemeinsamen Kommission für die Europaregion der nachhaltigen Entwicklung“**, die mit umfangreichen konzeptionellen und Entscheidungskompetenzen ausgestattet wurde. Darüber hinaus wurde die Erarbeitung und Umsetzung einer **gemeinsamen „Regionalen Agenda 21“** beschlossen, welche die Forderungen der Agenda 21 der Rio-Konferenz, insbesondere zu Kapitel 28, aufnehmen sollte. Dort heißt es u.a. „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine „Kommunale Agenda 21“ beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses werden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen“ (Agenda 21, Kapitel 28, II).

Der Beschluss zur Durchführung einer „Regionalen Agenda 21“ basierte hauptsächlich auf der Prämisse, dass die Entwicklung zu einer nachhaltig-zukunftsfähigen Europaregion nur dann eine Chance hat, wenn die vitalen Kräfte der Zivilgesellschaft, also der vielen Gruppen, Organisationen, Verbände, Netzwerke, Vereine und der vielen aktiven Bürger mobilisiert werden. Nur ein **zivilgesellschaftlich verfasster Agenda-Prozess** wird in der Lage sein, die dringend notwendigen Innovationen in den verschiedenen Handlungsbereichen aus dem endogenen Potential der Region hervorzubringen und für die nötige Transparenz und Akzeptanz der politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozial-kulturellen Entscheidungen zu sorgen. Nur durch Überwindung eingefahre-

ner Gleise und verkrusteter institutioneller Strukturen wird es möglich sein, den revolutionären Weg der Nachhaltigen Entwicklung zu beschreiten.

Die größte Herausforderung stellte die im Jahre 2002 vorhandene marode **Wirtschafts- und Beschäftigungssituation auf beiden Seiten der Neiße** dar. Das Ziel war ja nicht nur die Herstellung einer prosperierenden und stabilen Wirtschaftsstruktur, sondern auch eine beschäftigungswirksame sowie ökologisch und sozial verträgliche Wirtschaftsweise. Nicht immer muss das Rad ganz neu erfunden werden und so orientierten sich die Mitglieder der „Gemeinsamen Kommission“ an einer Reihe erfolgreicher Agenda-Städte, wie der Pfad zu einer ökologischen und sozialverträglichen Wirtschaftsentwicklung am besten zu beschreiten ist. Nach dem Besuch der Städte München, Graz und Hamburg war klar, dass man sich für das Grazer **Wirtschaftsentwicklungsmodell ÖKOPROFIT (Ökologisches Projekt für Integrierte (Umwelt) Technik)** entschied. Das schon seit 1992 in Graz erstmals entwickelte Konzept wurde seither in zahlreichen Städten und Regionen erfolgreich umgesetzt und vielfältig weiterentwickelt. Im Mai 2004 schlug die „Gemeinsame Kommission“ den Stadträten in Görlitz/Zgorzelec vor, das ÖKOPROFIT-Projekt in seiner fortgeschrittenen Form durchzuführen und gemeinsam umzusetzen. Nach den Stadtratsbeschlüssen vom September 2004 ist das Projekt Grundlage der gemeinsamen Wirtschaftsstrukturentwicklung. Kern des Programms ist die gemeinsame Kooperation von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Umweltorganisationen, Verbraucherverbänden, kommunalen Institutionen und Administrationen sowie beratenden Wissenschaftseinrichtungen auf den Gebieten der Technologieentwicklung, des Umweltschutzes und des Umweltmanagements (Abfall, Abwasser, Luftreinigung, Bodenschutz), der Energieversorgung und des Klimaschutzes, der ökologischen Wirtschaftsentwicklung und der Verbraucherberatung.

Ziel des Projektes war ein Zusammenführen der beteiligten Kooperationspartner, um gemeinsam wirtschaftliche, ökologische und soziale Win-Win-Strategien und Maßnahmen durchzuführen.

Es bedurfte größter Anstrengungen, um bei der heterogenen und maroden Ausgangslage in Görlitz und Zgorzelec zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen. Nachdem allerdings im Jahre 2006 die ersten Erfolge auf dem Gebiet der Energieeinsparung, der CO₂-Minderung, der SO₂- und NO_x-Reduzierung, der Abfallverminderung und der Wassereinsparung sichtbar wurden, die mit ganz erheblichen Kostenminderungen verbunden waren, fand das Projekt nicht nur starke Unterstützung bei den Umwelt- und Verbraucherverbänden, sondern auch in der Politik, in der Wirtschaft und in der Öffentlichkeit. Das verschaffte hinreichend Ermutigung, um in den kommenden Jahren die Wirtschaft und die Verbraucher noch aktiver und innovativer in das Projekt ÖKOPROFIT einzubeziehen. Die Folge waren ganz neue Wege und Ansätze des Wirtschaftens.

Die Unternehmen begannen mit der Entwicklung ökologischer Produkte und Produktionsverfahren, ökologischer Dienstleistungen der Entmaterialisierung von Produkten (Mikrosystemtechnik, Nanotechnik), mit der Durchsetzung der Kreislaufwirtschaft und eines ökologischen Stoffstrommanagements. Auch die Wiederverwendung modernisierter Altprodukte und die Einführung diverser Leasing- und Pooling-Systeme anstatt des Erwerbs von Eigentum setzte sich im Unternehmen durch. Auf dem Gebiet der rationellen Energieverwendung machte das Konzept des Energiespar-Contracting Furore und die Bauwirtschaft entdeckte mehr und mehr die großen Vorteile des ökologischen und solaren Bauens, der Verwendung biologischer und rezyklierter Baustoffe, der Erstellung recyclingfähiger Gebäude und der Verwendung dezentraler Energiesysteme und regenerativer Energietechniken.

Auf der Seite der Verbraucher wurde es immer mehr zur Norm und ganz natürlich, ökologische Produkte zu kaufen, ökoeffiziente Dienstleistungen zu nutzen, sparsam und rationell mit Energie und Wasser umzugehen und die großen Haushaltsgeräte auf möglichst geringen Energie-, Wasser-, und Waschmittelverbrauch und Recyclingfähigkeit zu prüfen. Vielfach wurde das Leasing dem Kauf vorgezogen, um das Produkt nach einigen Jahren wieder in den Produktionskreislauf zurückführen zu können.

Die teilweise großen Kosteneinsparungen und Produktionsgewinne aus dem ÖKOPROFIT-Projekt kamen in erster Linie den Unternehmen zugute. Gleichwohl konnten auch Kosteneinsparungen in den öffentlichen und privaten Haushalten erzielt werden. Die großen Gewinner waren aber auch die Menschen der Region, die durch die Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu mehr Beschäftigung und sozialer Sicherheit kamen. Durch das höhere Steueraufkommen konnten zahlreiche öffentliche Einrichtungen und Projekte in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur endlich realisiert werden.

Im Jahre 2005 verabschiedete die „Gemeinsamen Kommission für die Europaregion der nachhaltigen Entwicklung“ Leitziele und ein **Programm zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung**. Der Strategie- und Maßnahmenkatalog umfasste u.a. die folgenden Punkte:

- Städtebauliche Funktions- und Nutzungsmischung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeitentwicklung,
- Städtebauliche Innenentwicklung und Freiraumschutz vor allem entlang beider Seiten der Neiße,
- Förderung städtischer Quartiere mit besonderem Erneuerungsbedarf,
- Förderung der rationellen und sparsamen Energieverwendung und der Nutzung regenerativer Energien,

- Förderung des ökologischen und sozialen Bauens,
- Wiedernutzung von leerstehenden Gebäuden und städtebaulichen Brachen,
- Erhaltung und Vernetzung klimawirksamer städtischer Freiflächen,
- Sicherung innerstädtischer Wirtschaftsstandorte und gezielte Standortförderung für umweltschonende Betriebe,
- Nachhaltig stadtverträgliche Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung,
- Entwicklung einer nachhaltigen Freizeit- und Tourismusinfrastruktur in der Region,
- Förderung der Sicherheit der Stadtquartiere,
- Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Stadt- und Regionalentwicklung.

Für einzelne Bereiche dieses umfangreichen Stadt- und Regionalentwicklungskonzeptes wurden in den folgenden Jahren noch gesonderte Nachhaltigkeitsprogramme entwickelt. Besonders wichtig waren und sind die Programme zur „Nachhaltigen Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung“, der „Regionalplan Energie und Klimaschutz“, das „Abfallwirtschaftsprogramm“ und das Konzept „Nachhaltige Entwicklung von Freizeit und Tourismus in der Region Görlitz/Zgorzelec“.

Das **Programm „Nachhaltige Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung“** aus dem Jahre 2006 sieht die flächendeckende Erschließung der gesamten Region durch den ÖPNV vor. Ziel ist ein ökologisch und sozial verträgliches öffentliches Verkehrsangebot, das einen erheblichen Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) substituiert und den Flächenbedarf des MIV stark reduziert. Wichtige Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind die Verbesserung der Nutzungs- und Aufenthaltsqualität der städtischen Verkehrsräume für Fußgänger/innen und ein drastischer Ausbau des Fahrradwegenetzes und Einrichtung von Vorteilsregelungen für die Fahrradfahrer (Benutzung von Einbahnstraßen in beiden Richtungen, Durchfahrmöglichkeiten durch verkehrsberuhigte Zonen, Vorfahrtsregelungen im Straßenverkehr - die sog. Münster-Regelung etc.).

Eine grundlegende Vorgabe für die Stadtplanung und Stadtentwicklung war die Leitlinie **„Stadt der kurzen Wege“**, um so durch kluge Infrastrukturmaßnahmen Verkehre zu vermeiden bzw. zu vermindern. Wichtig für die Entlastung der neuen Stadtzentren waren verschiedene Umgehungsstraßen. Diese und die Einrichtung zahlreicher verkehrsberuhigter Zonen hatten vor allem auch zum Ziel, den besonders lärm-, abgas- und verkehrsbelastenden Schwerlastverkehr aus den Innenstadtbereichen zu verbannen. Ab dem Jahr 2008 wurden alle alten Omnibusse auf Erdgas umgestellt und neue nur noch als umweltfreundliche Erdgasbusse angeschafft.

Der „**Regionalplan Energie und Klimaschutz**“ enthält das Leitziel, bis zum Jahr 2030 mindestens 50% der CO₂-Emissionen in der gesamten Region zu reduzieren (Basisjahr 1990). Dieses ehrgeizige Ziel war nur zu erreichen, wenn in allen Verbrauchssektoren - Industrie, Haushalte, Dienstleistungsbereiche und öffentlicher Sektor, Verkehr - gleichermaßen Fortschritte auf dem Gebiet der rationellen und sparsamen Energieverwendung und Nutzung regenerativer Energien erzielt werden.

Im einzelnen sah der „Regionalplan Energie und Klimaschutz“ folgendes vor: Im Bereich der Industrieunternehmen mussten vor allem die polnischen Betriebe, aber auch viele Betriebe auf deutscher Seite grundlegend energetisch saniert werden., d.h. neben technologischen Effizienzsteigerungen der Produktionsverfahren mussten vor allem auch hohe Wärmedämmstandards, eine grundlegende Wirkungsgradverbesserung bei der Prozesswärme und mehr Kraft-Wärme-Kopplung durchgesetzt werden. Im Sektor Haushalte mussten vor allem auf polnischer Seite im Rahmen von Modernisierungsprogrammen die Energiestandards für Wärmedämmung und neue Heizungsanlagen grundlegend verbessert werden. Aber auch auf deutscher Seite war noch großer Nachholbedarf. Eine wichtige Aufgabe war auch die Information und Aufklärung der Bevölkerung über die Sinnhaftigkeit von rationeller und sparsamer Energieverwendung und möglichen Kosteneinsparungen.

Besonders schwierig und zäh verlief der Prozess, die Wirtschaft und die Haushalte von der Notwendigkeit und den Fördermöglichkeiten zu überzeugen, regenerative Energietechniken einzusetzen. Immerhin wird mittlerweile im Jahr 2020 16% der Primärenergie in der gesamten Region regenerativ erzeugt. Dazu haben die zahlreichen Biomasseanlagen, die Windkraftanlagen und die nunmehr auch weit verbreiteten Thermosolar-, Photovoltaik- und Brennstoffzellensysteme beigetragen.

Vorbildliches wurde im Sektor Dienstleistungen/öffentliche Institutionen geleistet. So hat die Stadt Görlitz/Zgorzelec im Jahre 2005 ein gemeinsames Kommunales Energiemanagement-System (KEM) eingeführt, an das mittlerweile alle Schulen, die Hochschule, die Forschungseinrichtungen, die Stadtverwaltung sowie die Museen und das Theater angeschlossen sind. Neben hohen Energiestandards der Gebäude konnte durch Energieleitsysteme eine telematisch gestützte optimale Beheizung und Stromversorgung - angepasst an die verschiedenen Nutzungsweisen - erreicht werden. Dieses von der Stadt Goslar übernommene System hat zu ganz enormen Kosteneinsparungen sowie Schadstoff- und CO₂-Minderungen geführt. Besonders große Energie-, Emissions- und Kosteneinsparpotentiale konnten vor allem auch durch das Energiespar-Contracting erzielt werden, in das über 60% der öffentlichen Gebäude einbezogen wurden.

Im Sektor Verkehr sind zwar die Einsparpotentiale am niedrigsten geblieben, gleichwohl konnte aber durch den hervorragenden Ausbau des ÖPNV eine Reduzierung des

MIV um fast 20% erreicht werden. Zudem hat die Kampagne für energiesparende PKW und die Anschaffung von energiesparenden und lärmgeminderten Erdgasbussen Energieeinsparungen von ca. 10% und Emissionsminderungen von ca. 14% erbracht.

Im Zuge des EU-Beitritts der Republik Polen im Jahr 2004 wurde klar, dass radikale Änderungen im Abfallrecht eine völlig neue Abfallwirtschaft verlangte. Vor diesem Hintergrund wurde 2005 **das neue „Abfallwirtschaftsprogramm“ für die Region** beschlossen. Grundlage des neuen Programms war die Zielhierarchie Vermeiden vor Wiederverwenden vor Wiederverwerten vor schadstofffrei bzw. schadstoffarm Entsorgen. Die Strategie der nachhaltigen Abfallwirtschaft sah nun vor, dass Wirtschaft, Haushalte und öffentlicher Bereich sehr konsequent auf Abfallvermeidung und Wiederverwendung und Wiederverwertung festgelegt wurden. In der Wirtschaft hat sich die Vermeidungsstrategie sowie die Wiederverwendung und Wiederverwertung (Kreislaufwirtschaft) nicht nur sehr positiv auf die Verringerung des Rohstoffverbrauchs ausgewirkt, sondern auch zu beachtlichen Kostenreduktionen geführt. Im Bereich der öffentlichen Einrichtungen wurden sowohl durch eine gezielte Beschaffungspolitik als auch durch neue Produktionsnutzungsformen (Leasing und Pooling statt Kauf und Doppelerwerb) große Mengen an stofflichen Ressourcen (Einsparungen, Ökoprodukte, Miniaturisierung etc.) vermindert. Auch die privaten Haushalte haben sich an der Abfallvermeidung und Wiederverwertung von Abfällen sehr intensiv beteiligt. Grundsätzlich hatten die Kampagnen um Abfallvermeidung große Wirkung, denn die Menschen in der Region kauften immer bewusster und achteten sehr darauf, dass möglichst nur geringe Verpackungsabfälle entstanden und zahlreiche Ökoprodukte direkt im Haushaltsbereich kompostiert werden konnten. Hinsichtlich der Wiederverwendung von Produkten und Wiederverwertung von Wertstoffen beteiligten sich die Haushalte in geradezu vorbildlicher Form an der gezielten Rückgabe von Haushalts-Altprodukten und an der getrennten Müllsammlung für ein hochwertiges Recycling. Von dem nachhaltigen Abfallwirtschaftsprogramm profitierten besonders auch einige neu entstandene Recyclingunternehmen der Region, denen es gelang, hochwertige Sekundärrohstoffe herzustellen und gewinnbringend zu vermarkten.

Für die Zukunftsfähigkeit der Region von besonderer Relevanz wurde auch das 2005 beschlossene Konzept zur **„Nachhaltigen Entwicklung von Freizeit und Tourismus in der Region Görlitz/Zgorzelec.“** Mit diesem Konzept ist es gelungen, bis 2020 zahlreiche Freizeit-, Sport- und Parkanlagen auf einen internationalen Stand zu bringen und den Fremdenverkehr durch eine ökologisch verträgliche, innovative und sanfte Tourismus-Ausbaustrategie um 350% zu steigern.

Hauptelemente des Konzeptes waren:

- + Ökologische Instandsetzung und Modernisierung der Freizeit- und Sportanlagen.
Hier hat sich die ehrenamtliche Beteiligung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Gruppen und vieler Einzelbürger sehr fördernd und kostensparend ausgewirkt.
- + Der Ausbau der alten und neuen Sport- und Freizeitanlagen erfolgte unter den Gesichtspunkten der kurzen Wege und der Nutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel (Fahrradwegenetz).
- + Ergänzung und Verschönerung der Natur-, Freiflächen und Parkräume zu durchgehenden Grünzügen, vor allem auch für Fußgänger und Fahrradfahrer.
- + Förderung der biologischen Landwirtschaft und von Biohöfen für Freizeitaktivitäten und Tourismus.
- + Umsetzung einer naturnahen Forstwirtschaft sowie einer kleinräumigen Tier- und Pflanzenzucht.

Neben diesen Nachhaltigkeitsprogrammen hat die „Gemeinsame Kommission für eine Europaregion der nachhaltigen Entwicklung“ in den Jahren 2005 bis 2020 eine Reihe von **Kampagnen zur Durchsetzung nachhaltiger Lebensstile und Lebensweisen** federführend übernommen. Angeregt und gefordert von den regionalen Agenda 21-Aktivitäten und gestützt von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Organisationen und Netzwerken ist es nach anfänglich höchst skeptischer Resonanz in der breiten Bevölkerung gelungen, die Notwendigkeiten und Vorteile nachhaltiger Lebensführung zu verdeutlichen. Vor allem die Akteure der „Regionalen Agenda 21“ konnten aus eigener Erfahrung und aus Kenntnissen über Agenda-Prozesse in anderen Städten und Regionen aufzeigen, dass alle Nachhaltigkeitsstrategien und Nachhaltigkeitsprogramme nur wenig fruchten, wenn die Bürger solche Entwicklungen nicht mit Herz und Verstand unterstützen und nicht selbst versuchen, nachhaltig zu leben. Die Einsicht in die Notwendigkeit, selbst suffiziente Lebensstile zu leben, kam den Bürgern allerdings nicht nur über informative Kampagnen von zivilgesellschaftlichen Akteuren, sondern auch aus der Erkenntnis, dass angesichts der maroden Situation der regionalen Wirtschaft, der miserablen Beschäftigungssituation und der dramatischen Stadterneuerungsbedarfe sowohl auf deutscher als insbesondere auf polnischer Seite ein so Weitermachen wie bisher in die Sackgasse führen würde. Um die Region zukunftsfähig zu machen genügt es eben nicht, nur formale und institutionelle Erneuerungen vorzunehmen, sondern hier muss jeder Bürger und jeder Haushalt durch seinen eigenen Lebensstil und sein eigenes Handeln dazu beitragen, dem großen Leitziel der Nachhaltigen Entwicklung näherzukommen.

Z U K U N F T S F O R U M

FAKTOREN, WELCHE DIE RAUMENTWICKLUNG IN DER GRENZREGION BEEINFLUSSEN

- **EU-Osterweiterung (Beitritt Polens zur EU)**
- **Kopenhagener Kriterien sowie EU-Sozial- und Umweltstandards**
- **Einkommens- und Wohlstandsunterschiede**
- **50 Jahre Trennung durch Grenze**
- **Unterschiede der Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft nach 1989/90**
- **Unterschiede Wanderungsbewegung und Beschäftigung**
- **Wohnungsleerstand in Görlitz - Wohnungsknappheit in Zgorzelec**
- **Finanzausstattung der beiden Städte**



ZUKUNFTSFORUM		
SZENARIEN		
Wahrscheinliche Entwicklung A	Alternative Entwicklung B	Alternative Entwicklung B
Kommunale Zusammenarbeit	Europaregion der Information und des Wissens	Europaregion der nachhaltigen Entwicklung
Gemeinsame Wirtschaftsentwicklung und -förderung	Stufenplan zur Erneuerung der Kindergärten und Schulen	Gemeinsame „Regionale Agenda 21“
Gemeinsame Stadtplanung, Verkehrsentwicklung und Wohnungswirtschaft	Aufbau einer gemeinsamen Hochschul- und Forschungslandschaft	Wirtschaftsentwicklung ÖKOPROFIT-Modell
Gemeinsame Kultur- und Tourismuskonzeption	FuE Kompetenzzentren	Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung
Kooperation in Jugendpolitik, Bildung und Sport sowie Gesundheit und Soziales	Zentrum internationaler Begegnung zwischen Ost und West	Nachhaltige Mobilität und Verkehr
	Technologie- und Gewerbepark	Regionalplan Energie und Klimaschutz
		Gemeinsames Abfallwirtschaftsprogramm
		Nachhaltige Freizeit- und Tourismusplanung
		Nachhaltige Lebensstile

